





## Hinweise

Bezieher von Sozialhilfe (auch ergänzend) oder Arbeitslosengeld II können keine Verpflichtungserklärung abgeben, da eine Bonität von vornherein ausgeschlossen ist.

Folgende Unterlagen müssen Sie bei einer persönlichen Vorsprache bei der Ausländerbehörde vorlegen:

>>> Pass oder Personalausweis

>>> Einkommensnachweis über das monatliche Nettoeinkommen \*

- bei Arbeitnehmern die letzten 3 Lohnabrechnungen (ggf. auch die des Ehegatten)
- bei Selbstständigen eine Bestätigung des Steuerberaters über das tatsächlich verfügbare monatliche **Nettoeinkommen** – Gewinn abzüglich Steuern und Krankenversicherung (NICHT BWA)
- Rentenbescheid bei Rentnern
- Arbeitslosengeldbescheid bei Arbeitslosen

>>> Mietvertrag mit Angabe der Wohnungsgröße oder

>>> Nachweis über Wohneigentum (Kaufvertrag, Grundbuchauszug, Bescheid über Grundbesitzabgaben)

>>> 29,00 Euro Verwaltungsgebühr

\* Sollten Sie darüber hinaus noch weitere Einkünfte haben (z. B. Mieteinnahmen etc.) empfiehlt es sich, auch darüber Nachweise vorzulegen.

Für die Entscheidung über den Visumantrag ist ausschließlich die deutsche Auslandsvertretung zuständig. Eine Durchschrift der Verpflichtungserklärung verbleibt bei der Ausländerbehörde.

Freundliche Grüße  
Ihre Ausländerbehörde

Weitere Informationen und Links finden Sie auch unter [www.herne.de](http://www.herne.de) im Bereich Bürgerservice - Bürgerdienste - Ausländerwesen



## **Erklärung des Verpflichtenden zur Abgabe der Verpflichtungserklärung**

vom	Nr.
Name, Vorname	Datum

Ich bestätige, dass ich vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen wurde:

### **1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen**

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschl. der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtende hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen.

Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z.B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

### **2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen**

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den gesamten sich der Einreise anschließenden Aufenthalt, auch auf Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts.

Im Regelfall endet die Verpflichtung mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltzweck durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde.

### **3. Vollstreckbarkeit**

Die aufgewendeten öffentlichen Mittel können im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

### **4. Freiwilligkeit der Angaben**

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn auf Grund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde von der Ausländerbehörde auf den Umfang und die Dauer der Haftung hingewiesen, die Möglichkeit von Versicherungsschutz sowie die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z. B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gem. § 69 Abs. 2 Nr. 2h AufenthG gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

---

Unterschrift des sich Verpflichtenden